



Münster, den 27.11.2018

Ratsantrag der Ratsgruppe Piraten/ÖDP

Gedenken an die verfolgten Homosexuellen sowie den Internationalen Tag gegen Homophobie (IDAHOT) in der Stadtgesellschaft sichtbar machen

Der Rat möge beschließen:

Der Verwaltung wird gebeten,

1. zu prüfen und zu berichten,

a) ob und wie es möglich ist, an die Namen der während der NS-Zeit verschleppten und getöteten homosexuellen Münsteranerinnen und Münsteraner auf einer Gedenktafel zu erinnern,

b) ob und wie es möglich ist, den nach §§ 175, 175a StGB strafrechtlich belangten Homosexuellen namentlich zu gedenken,

c) welche Kosten für die Gedenktafel und für die zuvor notwendige Forschung, um die Verfolgung von homosexuellen Frauen und Männern umfassend und historisch richtig darzustellen, anfallen.

2. Zu prüfen und berichten, wie der „Internationale Tag gegen Homophobie“ (IDAHOT) in der Stadtgesellschaft verankert werden kann.

Begründung:

Die homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus haben bislang in der Gedenkkultur der Stadt Münster wenig Beachtung gefunden. Mit einer zentralen Gedenktafel in der Stadt soll das Gedenken an diese, auch nach dem Ende des Nationalsozialismus noch vielfach Verfolgungen und Diskriminierungen ausgesetzte Opfergruppe, einen würdigen Ort finden.

Auch in der Bundesrepublik Deutschland wurden über 20 Jahre lang zehntausende Männer in der Bundesrepublik noch nach dem Paragraphen 175 verhaftet, verurteilt und eingesperrt.

Der Internationale Tag gegen Homophobie am 17. Mai eines jeden Jahres sollte zukünftig stärker in die Stadtgesellschaft wirken. Der IDAHOT bietet die Gelegenheit, sowohl an die Homosexuellenverfolgung während der NS-Zeit zu erinnern, als auch auf die in extremen Randbereichen der deutschen Bevölkerung wieder sichtbar werdenden Homophobie hinzuweisen.

Fast täglich liest man selbst im vermeintlich aufgeklärtem Deutschland von Übergriffen auf LGBTTIQ-Menschen und -Paaren. Ganz abgesehen davon, dass in 77 Ländern der Welt Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung verfolgt werden und in einigen davon sogar ihr Leben verloren haben.

Mit einem Gedenken an die verfolgten Homosexuellen wird auch gemahnt, dass sich die Geschichte nicht wiederholen darf. Gerade in Zeiten, wo Rechtspopulisten unsere Demokratie angreifen und die Erfolge bei der Gleichstellungen der queeren Community rückgängig machen wollen, dürfen wir nicht einfach still danebenstehen, sondern müssen rechtzeitig aufwachen und ganz besonders auch deutliche Zeichen setzen.

Gerade in Münster, die Stadt, in der am 29. April 1972 die erste Schwulen-Demo in Deutschland überhaupt stattfand, stünde eine angemessene Form des Gedenkens gut zu Gesicht. Denn da ist Münster nicht der Vorreiter, wie die Stadt es 1972 war.

Gez.

Johannes Schmanck
Franz Pohlmann